

## Dieses Referendum genießt keine Legitimität

Am Sonntag wurde in der Türkei über die Verfassungsänderung und die Einführung des Präsidentsystems abgestimmt. Die vorläufigen Ergebnisse besagen, dass etwas mehr als 50% der Bevölkerung für ein „Ja“ gestimmt hat. Von Anfang an war klar, wir haben es hier mit keinen Referendum unter fairen demokratischen Bedingungen zu tun. Die Menschen haben in einem Land, in dem die kurdischen Gebiete vom Krieg geprägt sind ihre Stimmen abgegeben. Seit Mitte letzten Jahres hat sich dieser Krieg auf das gesamte Land ausgeweitet. Seitdem wird die Türkei vom türkischen Staatspräsidenten Erdogan diktatorisch im Ausnahmezustand regiert. Abgeordnete und Funktionäre der HDP sitzen zu tausenden hinter den Gittern, die kurdischen Stadtverwaltungen wurden unter Zwangsverwaltungen gestellt und die gesamte Bevölkerung mit einer noch nie dagewesenen Repressionswelle überzogen. Und trotz alledem haben die Menschen in den überwiegend kurdischen Provinzen der Türkei mit durchschnittlich etwa 70% für ein „Nein“ eine klare Haltung gegen Erdoğan und sein diktatoriales Regime eingenommen. Besonders im letzten Jahr hat der AKP-Staat unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“ Opposition verschiedenster Couleurs einzuschüchtern versucht, sei es durch massenhafte Inhaftierung, Entlassungen, Drohungen,

wirtschaftliche Sanktionen, Folter und vieles mehr. Es herrscht ein Regime der Angst. Neben diesen Repressionen gab es eine breit angelegte psychologische Manipulation durch gleichgeschaltete Medien, die 24-Stunden lang die Propaganda der AKP ausgestrahlt haben. Wie vor den vergangenen Parlamentswahlen im Juni 2015 wurden die nationalistischen Gefühle bewusst provoziert, sei es in Form von anti-westlichem Verbalradikalismus oder durch Hetze gegen alle gesellschaftlichen Gruppierungen jenseits türkisch-sunnitischer Kreise. Dieses AKP-MHP Koalition hat das Land zunehmend polarisiert und die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Krise noch mehr vertieft. Unter diesen Voraussetzungen war praktisch keine Wahlkampagne für ein „Nein“ beim Referendum möglich. Am Tag des Referendums wurde massenhaft über Unregelmäßigkeiten berichtet, die sich vor allem in den kurdischen Siedlungsgebieten abgespielt haben. Vierterorts wurden die Menschen gezwungen, offen ihre Stimmen abzugeben; Wahlurnenleiter und -mitarbeiter der HDP wurden aus den Wahllokalen geschmissen und/oder festgenommen; Militärs und Soldaten hielten die rechtlich festgelegte Distanz zu den Wahlurnen nicht ein und erzeugten vor den Wahllokalen Drohkulissen. Außerdem gab es Meldungen von vorgestempelten Wahlzetteln.

Auch Fahrzeuge ohne Nummernschilder wurden vor den Wahllokalen gesichtet. Wir möchten klar und deutlich zum Ausdruck bringen, dass ein Referendum unter solchen Bedingungen keinerlei Legitimität genießt. Für uns bedeutet dieses Ergebnis nichts weiter, als dass wir unseren politischen Widerstand für die Demokratie, für Freiheit und Gerechtigkeit noch vehementer und zielstrebig fortzuführen werden. Weil mit der Diktaturpolitik der AKP immer mehr gesellschaftliche Kreise von Repression betroffen sind, ist die Grundlage für den demokratischen Kampf heute größer als je zuvor. Wir rufen allen voran die demokratische Öffentlichkeit, sowie die EU und die Bundesregierung dazu auf, diese gefährliche Entwicklung in der Türkei, die gleichzeitig für die gesamte Region eine Gefahr darstellt, Einhalt zu gebieten. Wir glauben, dass dieser AKP-Wahnsinn gestoppt werden kann, wenn auf die Lippenbekenntnisse der unterschiedlichen Kräfte konkrete Schritte folgen. Die AKP hat längst ihre Legitimität verloren, dies wird auch das Referendum nicht ändern. (NAV-DEM, 16.4., CA)  
Ein Überblick über die am Wahltag bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten ist unter:  
<http://civaka-azad.org/liveticker-zum-referendum-in-der-tuerkei/zu-finden>.

## Gefangene beenden Hungerstreik

Als Sprecher der PKK- und PAJK-Gefangenen erklärte Deniz Kaya, dass der Hungerstreik in den türkischen Gefängnissen beendet worden ist. Im Folgenden geben wir die Erklärung wieder: „Die faschistische Politik und Praxis der AKP-Regierung hat sich mit ihrem Bündnis mit der MHP noch weiter vertieft und die Demokratie und Freiheit an die Schwelle ihrer Auslöschung getrieben. Die Festnahmeoperationen des politischen Genozids, die Totalisolation unseres Vorsitzenden Öcalan und die Repressionsmaßnahmen in den Gefängnissen, all dies hat in jüngster Zeit enorme Ausmaße angenommen. Wir als Gefangene der PKK und PAJK stehen in der Tradition von

Kemal (Pir), Sema (Yüce) und Sara (Sakine Cansiz). Wir haben uns der faschistischen Praxis zu keinem Zeitpunkt gebeugt und werden uns auch in Zukunft nicht ergeben. Der Widerstand der PKK wird so wie er gestern hochgelebt hat, auch morgen in den Gefängnissen und überall fortgeführt werden. Wir sind Revolutionäre, die für unsere Bevölkerung und unseren Vorsitzenden stets aufrecht gehen werden. Dem Aufruf des KCK-Exekutivrates vom 18. April folgend werden wir unseren seit dem 15. Februar anhaltenden Hungerstreik beenden. Wir richten unsere Grüße an unsere Bevölkerung und alle demokratische Kreise, die in dieser Phase des Widerstandes Verantwortung übernommen

und unsere Stimme in die Öffentlichkeit getragen haben. Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass wenn das schmutzige AKP-MHP Bündnis die Isolation gegen unseren Vorsitzenden, die Festnahmewellen gegen unsere Bevölkerung und die Rechtsbrüche in den Gefängnissen fortsetzt, wir zu noch größeren Widerstandsaktionen zu greifen bereit sind. Dem Aufruf der KCK folgend beenden wir unseren Hungerstreik in den Gefängnissen von Şakran, Sincan, Bolu, Trabzon, Tarsus und allen anderen Gefängnissen. Wir richten unsere Grüße an all unsere inhaftierten Genossen, die Teil dieser Widerstandsaktion waren und drücken unserer Bevölkerung nochmals unsere Dankbarkeit aus.“ (ANF 19.4., ISKU)

### Meldungen:

**HDP-Abgeordnete Burcu Çelik inhaftiert**  
Die HDP-Abgeordnete von Muş, Burcu Çelik, wurde nach ihrer Festnahme am Mittwoch Vormittag in der Provinz Muş in Haft genommen. Mit ihr sind nun 14 HDP-Abgeordnete inhaftiert. In einer Stellungnahme zu ihrer Verhaftung sagte die HDP: „Nach dem illegitimen Referendum war die erste Aktion die Verhaftung unserer Muş-Abgeordneten Burcu Çelik. Die Regierung bleibt bei ihren gesetzeswidrigen Aktionen.“ (ANF, 19.4., DİG)

**Ziviler Rat von Rakka verkündet seine Gründung**  
Der „Zivile Rat von Rakka“ hat unter Beteiligung von 110 Delegierten heute seinen Gründungskongress abgehalten. An dem Kongress, der in der Stadt Ain Issa abgehalten wurde, nahmen Vertreter der arabischen, kurdischen und turkmenischen Bevölkerung Rakkas teil. Auch Vertreter der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF), die derzeit ihre Befreiungsoperation auf die Stadt Rakka fortsetzen, nahmen am Gründungskongress teil. Als Kovorsitzende des Zivilen Rates von Rakka wurden Leyla Mustefa und Mehmed el Şewax Alborsan gewählt. Zu den weiteren Beschlüssen, die auf dem Kongress gefasst wurden, gehören unter anderem: Die Verteidigungsstrukturen von Rakka müssen gestärkt werden. Nach der Befreiung der Stadt, wird der Zivile Rat erneuert. Ziel wird es sein, alle Teile der Gesellschaft in die Selbstverwaltung einzubinden. Die Frauen und die Jugend wird bei der Selbstverwaltung eine Vorreiterrolle spielen. In der Stadt und im Umland von Rakka sollen Selbstverwaltungsstrukturen in Form von Volksräten aufgebaut werden. Der zivile Rat von Rakka soll bis zur Befreiung der Stadt in Ain Issa tagen. Als Sprecher der SDF gratulierte Telal Silo zur Gründung des Zivilen Rates von Rakka. Er machte deutlich, dass die Befreiungsoperation vor den Toren der Stadt angelangt sei. Sobald Rakka vollständig befreit sei, werde man die Leitung der Stadt umgehend an den Zivilen Rat übergeben. Bis dahin sei der Rat mit der Herausforderung konfrontiert, die Selbstorganisation der Bevölkerung in den befreiten Dörfern im Umland von Rakka voranzubringen. (ANF, 18.4., ISKU)

Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern« in Hamburg:

# Gesellschaftliche Organisation jenseits von Staat, Macht und Gewalt

Von der kurdischen Frauenrechtsaktivistin über die Vertreterin der Landlosenbewegung in Brasilien bis zum britischen Gewerkschafter – die Revolution in Rojava, dem kurdisch-multiethnischen Selbstverwaltungsgebiet, das 2016 zur Demokratischen Föderation in Nordsyrien ausgerufen wurde, ist weltweit Bezugspunkt für viele Menschen, die heute Alternativen zum Kapitalismus erkämpfen wollen. Unter dem Motto »Die kapitalistische Moderne herausfordern« trafen sich am Wochenende gut 650 von ihnen in den Räumen der Universität Hamburg. Bei der Auftaktveranstaltung am Freitag zählten die Organisatoren sogar mehr als 1.000 Teilnehmer.

Einige waren erst um die 20 Jahre alt oder noch jünger – andere, wie der kurdische Autor und Aktivist Fuat Kav, hatten für ihre Überzeugung schon 20 Jahre im Gefängnis verbracht. »Wir Gefangenen hatten den Staat ideologisch entschlüsselt«, so der heute 58jährige, der nach dem Militärputsch in der Türkei 1980 inhaftiert und gefoltert worden war. Sein Thema am Samstag: Revolution machen trotz Staatsterror. An die heutigen Gefangenen, die sich in der Türkei seit mehr als 60 Tagen im Hungerstreik befinden, wurde zu Beginn fast jeder Rede erinnert. Zilan Yagmur, die in Deutschland aufwuchs und seit drei Jahren im kurdischen Studierendenverband YXK aktiv ist, bezog sich in einer Ansprache über Wege des Widerstands auf Wladimir Iljitsch Lenin, Rosa Luxemburg und Abdullah Öcalan, den Gründer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), der seit 1999 auf der türkischen Insel İmralı in Einzelhaft sitzt. »Free Öcalan« stand an diesem Wochenende auf einem rund drei Meter hohen Transparent im Audimax der Uni Hamburg. Der prominenteste Gefangene aus der kurdischen Befreiungsbewegung hat in der Haft das Buch »Jen-

seits von Staat, Macht und Gewalt« geschrieben, das 2010 auf Deutsch erschienen ist. Das Selbstverwaltungsmodell in Rojava ist ein Versuch, die darin beschriebene Idee des demokratischen Konföderalismus umzusetzen. Das Werk war bereits Inspirationsquelle für die erste Konferenz dieser Art im Jahr 2012 und eine zweite im Jahr 2015. Die Beteiligung junger Linker aus Deutschland selbst hat laut Organisationsteam jedes Mal zugenommen. Das gemeinsame Ziel: die Verdrängung und Überwindung des Nationalstaats von unten. Nicht etwa seine Ablösung durch eine Herrschaft supranationaler Bürokratien oder einen Zustand, in dem nur noch das Recht des Stärkeren gilt. »Demokratische Moderne entfalten: Widerstand, Rebellion, Aufbau des Neuen« lautete der Untertitel der diesjährigen Konferenz.

Auf das Erstarken des Nationalismus in vielen Ländern ging bereits am Freitag Reimar Heider ein, der mehrere Bücher Öcalans übersetzt hat. Wer den Nationalstaat ablehne, müsse zwingend eine Alternative der gesellschaftlichen Organisation vorschlagen – und dafür auch Menschen gewinnen, die »ganz anders sind als wir selbst«. Kurdische Rednerinnen, darunter auch Zeynep Cudi, eine Kämpferin der Frauenverteidigungseinheiten Schengals (YJS) in einer Videobotschaft, betonten mehrfach, wie wichtig die Einbeziehung möglichst aller Bevölkerungsgruppen in ein Räte-System sei. Dazu zählen Volks- und Frauenräte sowie gewählte Vertretungen ethnischer, religiöser und sexueller Minderheiten. Fawza Yusuf, die Kovorsitzende der Demokratischen Föderation Nordsyrien, war zur Konferenz angereist und berichtete am Sonntag, wie der Gesellschaftsvertrag, die »Verfassung« Rojavas, erarbeitet worden sei – im ständigen Austausch mit der Bevölkerung. Ausgebildeten Juristen sei das zum Teil zu weit

gegangen, sie hätten sich selbst als »erleuchtet« angesehen, so Yusuf. »Die haben uns gefragt »Was diskutiert ihr denn mit denen ein Rechtssystem?« Die Bevölkerung sei aber »schlauser als wir denken«. Mit Yusuf auf dem Podium saß auch Sonia Lopez vom »Kongress der Völker« in Kolumbien, in dem Organisationen von Landarbeitern, Indigenen, Frauen, Jugendlichen und Minderheiten ihre Kräfte gebündelt und Kooperativen gegründet haben – vor dem Hintergrund eines komplizierten Friedensprozesses zwischen Staat und Guerilla. »Für uns ist diese Konferenz wichtig, um unsere Ängste, aber auch unsere Träume zu teilen«, so Lopez.

Salih Muslim, der Kovorsitzende der Partei der Demokratischen Union (PYD) in Syrien, schaffte es, eine antimilitaristische Rede zu halten, obwohl ihm die Situation Rojavas verbietet, Pazifist zu sein. Denn die Belagerung durch Armeen und bewaffnete Gruppen wie den »Islamischen Staat« (IS) erfordert Selbstverteidigung. Militarismus sei davon losgelöst, so Muslim. Diese Entfremdung mache den Unterschied. Als Beispiel für einen militaristischen Akt, der dem Profitstreben der Rüstungsindustrie diene, nannte er den US-Angriff mit 59 Tomahawk-Marschflugkörpern auf einen syrischen Militärflughafen am 7. April. Auf Nachfrage erklärte Muslim, warum Rojavas Volks- und Frauenverteidigungseinheiten nichts gegen Luftunterstützung im Kampf gegen den IS hätten. Der IS und Al-Qaida seien Produkte der kapitalistischen Moderne. Zumindest teilweise seien es deren Mächte, die sie als Instrument zur Destabilisierung und »Neuordnung« des Nahen und Mittleren Ostens hätten einsetzen wollen, betonte er. Das gemeinsame Interesse, sie zu bekämpfen, habe sich ergeben, weil diese Gruppen »wie Mikroorganismen im Labor außer Kontrolle geraten seien«.

(jW, 18.4., ISKU)

## Anschlag auf „Antiterrorereinheiten“

Am vergangenen Dienstag um 10:45 Uhr Ortszeit, detonierte ein Sprengsatz unter dem Gebäude der türkischen Sicherheitsdirektion und »Antiterrorereinheit« im Stadtteil Bağlar in Amed (Diyarbakır). Das Gebäude ist wie ein Kartenhaus zusammengestürzt. Bilder zeigen einen großen Krater an der Stelle, wo das Gebäude gestanden hat. Amed Während staatliche Stellen zuerst verkündeten, dass bei Instandsetzungsarbeiten ein Pan-

zer explodiert sei, erklärte heute die Pressestelle der Volksverteidigungskräfte HPG, dass ihre Guerilla-Kräfte diese Aktion durchgeführt haben. Diese Aktion sei eine direkte Antwort auf die Angriffe gegen die kurdische Bevölkerung, und sie diese Aktion in Erinnerung an die »Märtyrer von Amed« durchgeführt haben. Guerillakräfte der HPG haben einen Tunnel unter das Gebäude gegraben und 2540 kg Sprengstoff unter dem Gebäude plat-

ziert. Zum Zeitpunkt der Explosion sollen sich 150 bis 200 Personen im Gebäude befunden haben. Dies werde von der AKP-Regierung bewusst verschwiegen, um die Wirkung der Aktion zu dämpfen. Die Pressestelle der HPG erklärte, dass sie weitere Details zu gegebener Zeit über die Aktion teilen werde und betonte, dass keine Tyrannei gegen die Bevölkerung ohne entsprechende Antwort von ihrer Seite bleiben werde. (ANF, 12.4., ISKU)

### Quellen:

ANF     Firat  
Nachrichtenagentur  
CA       Civaka Azad  
DhG     Demokratie hinter  
Gittern

### Termin:

*Gedenkfest für die gefallenen  
Internationalist\*innen*

### In die Herzen ein Feuer – erinnern heißt kämpfen

Internationalist\*innen aus verschiedensten Regionen, die Kampagne Tatort Kurdistan, der Freundeskreis Ivana Hoffmann und Bunttes Haus e.V. laden ein, zu einem Gedenkfest für die gefallenen Internationalist\*innen am **6. Mai 2017 ab 12 Uhr in Celle (Hannoversche Str. 30F)**. Die Idee so ein Fest umzusetzen und zu organisieren wurde beflügelt durch die tiefgreifenden Veränderungen und gesellschaftlichen Errungenschaften der Revolution in Rojava und deren Verteidigung. Neben dem aktiven Gedenken mit Angehörigen, einem Musik und Kulturprogramm, Büchertischen und Ausstellungen, soll der Tag von einer Vielzahl solidarischer Organisationen und Einzelpersonen mitgestaltet werden. Wir wollen gemeinsam allen internationalistischen Gefallenen gedenken und dafür einen Ort gestalten, lenken im Rahmen des Festes allerdings unseren Blick auf die Genoss\*innen Ivana Hoffmann (Avaşın Tekoşın Güneş), Kevin Jochim (Dilsoz Bahar), Günter Hellstern (Rustem Cudi) und Anton Leschek (Zana Ciwan). Gemeinsam mit euch werden wir diesen Tag denen widmen, die sich auf den Weg gemacht haben für ein neues, ein besseres Leben.

### \*Kulturprogramm\*

/Theater/Tanzgruppe/Grußbotschaften/Ausstellungen/

### \*Livemusik\*

/Serhado/Nujin und Nupelda/  
/Lurreko/Antinational Embassy/  
/Kurdische Folklore/

### \*Speisen, Getränke und Bücherstände\*

Spenden zur Finanzierung der Veranstaltung werden unter dem Stichwort »Gedenkfest« an das untenstehende Konto der ISKU erben.

### N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

**Spaldingstr. 130-136**

**20097 Hamburg**

**Tel.: 040 - 421 02 845**

**E-mail: isku@nadir.org**

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

**IBAN: DE42370100500003968506**

**BIC: PBNKDEFF** (Postbank Köln)

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

[www.isku.org](http://www.isku.org)